VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG UNTER FREUNDEN

5

10

15

20

25

30

Kaum sind die Deutschen, dank des erfolgreichen Abstechers ihres Regierungschefs ins Saudische, auf einen Schlag in den Genuß der Freundschaft von 4000 Wüstenprinzen und -prinzessinnen geraten, hat der oberste Israeli auch schon die Entdeckung gemacht, daß es sich bei Schmidt um einen Erzfeind handelt, um einen alten Nazi ohne "Herz, Gedächtnis, Prinzipien und ohne Menschlichkeit". Plötzlich ist Menachem Begin wieder eingefallen, daß es sich bei der Bundesrepublik um den Rechtsnachfolger des Nazi-Reiches handelt und daß der regierende Kanzler Offizier in der Hitlerarmee gewesen ist. (Weiß Begin denn nicht, was der "Spiegel" recherchiert hat? Hätte Schmidt seinen Fahneneid gebrochen, wäre er "heute nicht Kanzler der Bundesrepublik".) Mit selbstgerechter Empörung werden solche Anspielungen bei uns als äußerst ungerechtfertigte "Belastungen des besonderen deutsch-israelischen Freundschaftsverhältnisses" empfunden. Hämisch rechnet man im "Spiegel" dem Judenstaat vor, daß er nichts dagegen hatte, seine Armee aus eben denselben Waffenschmieden auszurüsten, die seinerzeit jene "Einsatzgruppen" mit Tötungsgerät versorgten, in deren Vorhut Begin jetzt einen verbündeten Regierungschef einreiht. Als "Schachertum" hat man es in Israel nie verstanden, daß mittlerweile 60 Milliarden DM an Wiedergutmachungsgeldern von Deutschland kassiert wurden. Über einen derartigen faschistischen Vorwurf ist ein Staat, der diese Mittel selbstlos dem nationalen Aufbau zugeführt hat, so sehr erhaben, daß der israelische Ministerpräsident der Krämerseele des Kanzlers, der in Riad deutsche Interessen verfolgte, gleich selber ungerüht die rote Karte zeigte. Muß man sich das in Deutschland gefallen lassen? Aber ein Grund zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist es auch nicht gerade, weiß man doch, von wem es kommt.

Die Kommentare in der hiesigen Presse weisen die Israelis also darauf hin, daß man so "mit Freunden nicht umspringen darf".

In vollem Bewußtsein dessen, daß die beschlossene Aufrüstung der Saudis sowie die diplomatische Offerte des Kanzlers, den Palästinensern gelte es ein Recht auf Selbstbestimmung einzuräumen, für die "israelischen Freunde" als wohldosiertes Abrücken von der bisherigen deutichen Nah-Ost-Politik eine Provokation ist, wird jetzt, wo sich diese erwartungsgemäß beschweren, hieran demonstriert, wie gut der "mäßigende Einfluß" deutscher Vernunft in dieser Region den Juden tut.

"Da haben die Juden 2000 Jahre gebraucht, um sich endlich staatlich zu organisieren. Und da kommt dann 30 Jahre nach der Gründung Israels so ein Verrückter wie Begin und setzt alles aufs Spiel."

Mit der Interpretation der von Begin zum Besten gegebenen Erinnerungen als "Wahlkampf-Entgleisungen" wird die Politik des Staates Israel zum Ausdruck bedenklicher charakterlicher Eigenarten eines "alten Deutschenhassers", weil eben der Charakter auch dieses Staatsmannes der Politik zu dienen hat, die die Interessen Deutschlands in Nah-Ost fordern. "Es darf nicht sein, daß die deutsche Außenpolitik auch noch in den 90er Jahren von Ausschwitz überschattet wird."

Da umgekehrt die Saudis bereit sind, das deutsche Engagement in hellstem Licht zu sehen, "ist die saudische Regierung (als) eine sehr weise handelnde, eine sehr gemäßigt und verantwortungsbewußt handelnde Regierung", sprich als ein wahrer Glücksfall auszumachen:

5

10

15

20

25

"Von den Saudis sei der Wunsch nach sicherheitspolitischer Kooperation an keiner Stelle mit dem israelisch-arabischen Konflikt verknüpft worden, der der Sowjetunion Ansatzpunkte zur Einwirkung in diesem Raum biete."

Dezent weist der deutsche Kanzler Begin darauf hin, daß sich die Funktion, die der jüdische Staat 33 Jahre lang als Ordnungsfaktor und Knüppel des freien Westens im "Flugsand des Orients" erfüllte, ab sofort mit der Aufrüstung der Saudis zu "Sicherung der Golfregion" gegen die Russen zu vertragen hat.

Der besondere - deutsche Witz an der Leistung des Imperialismus, Araber und Israelis auf den einzig erlaubten Gegensatz zu verpflichten: den zwischen Ost und West, liegt darin, ausgerechnet an den Protesten der Israelis ein letztes Stück deutscher Vergangenheitsbewältigung zu vollziehen: Auf den Nazi-Vorwurf Begins an Helmut Schmidt darf der Münchner "tz" im Jahre 1981 einfallen, daß Begin vor 30 Jahren selbst ein Terroristenchef gewesen sei, ohne daß ihr hierzulande der Vorwurf des Anti-Semitismus gemacht würde. Wenn der SPD-Kanzler, der die Aufrüstung Saudi-Arabiens zum nationalen Interesse ausruft, seinem Volk im deutschen Fernsehen die Mitteilung über die Saudis zu machen weiß: "Die werfen keine Bomben", dann kombiniert der mündige Bürger, daß die Zeiten vorbei sind, wo die Erinnerung an die Endlösung der Judenfrage" westdeutscher Politik als Begründung dafür diente, jeder kriegerischen Aktion der Überlebenden und ihrer Anstrengungen zu einer Endlösung der Palästinenserfrage Beifall zu zollen. Jetzt, wo "wir" neue Freunde in der arabischen Region gewonnen haben, ist Kritik an Israel nicht nur erlaubt, sondern zählt zu den wohlfeilen Vorleistungen, mit denen sich deutsche Sicherheitspolitik bei den Arabern unentbehrlich macht.